

---

**Kantonale Vollzugsverordnung zum Schweizerischen Obligationenrecht und zu den dazugehörigen Ergänzungs- und Ausführungserlassen<sup>1</sup>**


---

(Vom 25. Oktober 1974)

*Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,*

gestützt auf § 40 Buchstabe h der Kantonsverfassung,<sup>2</sup>

*beschliesst:*

### **I. Zuständige Behörden**

#### **§ 1<sup>3</sup> 1. Verwaltungsbehörden** a) Regierungsrat

Der Regierungsrat ist die zuständige Behörde für:

1. (aufgehoben);
2. das Begehren um Vollzug einer vom Schenker im Interesse von Kanton, Bezirk, Gemeinde oder einer andern Körperschaft oder Anstalt des kantonalen öffentlichen Rechts gemachten Auflage (Art. 246 Abs. 2 OR);
3. den Vollzug der Vorschriften des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, vom 28. September 1956 (Art. 5 Abs. 2, 6 Abs. 1, 7 Abs. 2, 18);
4. den Erlass, die Abänderung oder die Aufhebung von Normalarbeitsverträgen, deren Geltungsbereich sich nur auf den Kanton Schwyz erstreckt (Art. 359a OR);
5. die Bewilligung zur Ausgabe von Warenpapieren (Art. 482 Abs. 1 OR);
6. die Anerkennung von Pfrundanstalten und die Genehmigung der von ihnen für die Verpfändung erlassenen Bedingungen (Art. 522 Abs. 2 OR);
7. die Genehmigung der Hausordnungen staatlich anerkannter Pfrundanstalten (Art. 524 Abs. 3 OR);
8. die Wahl des Handelsregisterführers und seines Stellvertreters (Art. 927 Abs. 3 OR);
9. die Aufsicht über das kantonale Handelsregister (Art. 927 Abs. 3 OR);
10. die Ausfällung der in Art. 943 und 1155 Abs. 2 OR vorgesehenen Ordnungsbussen;
11. die Allgemeinverbindlicherklärung von Rahmenmietverträgen sowie deren Ausserkraftsetzung (Art. 7 Abs. 2 und 14 Abs. 1 GRA).<sup>4</sup>

#### **§ 1a<sup>5</sup> b) Departement**

Das vom Regierungsrat bezeichnete Departement ist zuständig für:

1. die Bewilligung und Beaufsichtigung der berufsmässigen Ehe- und Partnerschaftsvermittlung von Personen oder an Personen aus dem Ausland (Art. 406c OR).
2. die Bewilligung zur Gewährung und Vermittlung von Konsumkrediten (Art. 39 KKG).

**§ 2** 2. Richterliche Behörden  
a) ordentlicher Richter

Der ordentliche Richter beurteilt nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung alle Streitigkeiten aus dem Obligationenrecht, soweit nicht diese Verordnung eine andere Instanz bestimmt.

**§ 3**<sup>6</sup> b) Entscheide im summarischen Verfahren

Der Einzelrichter entscheidet im summarischen Verfahren über:

1. die Bewilligung der amtlichen Hinterlegung, die Bestimmung des Hinterlegungsortes und die Herausgabe der hinterlegten Sachen (Art. 36 Abs.1, 92, 93 Abs. 1, 96, 168 Abs. 1 und 3, 330 Abs. 3, 451 Abs.1, 453, 744, 770, 823, 913 Abs. 1, 987, 1032, 1072 Abs. 2, 1080, 1098, 1143 Abs. 1 Ziff. 19, 1152 Abs. 2 OR);
2. die gerichtliche Fristansetzung (Art. 38 Abs. 2, 83 Abs. 2, 107 Abs. 1, 337a, 366 Abs. 2, 383 Abs. 3 OR);
3. die Leitung des Vorverfahrens bei der Gewährleistung im Viehhandel (Art. 202 OR und Art. 5 Abs. 1 der Verordnung betreffend das Verfahren bei der Gewährleistung im Viehhandel, vom 14. November 1911);
4. die Bewilligung der Selbsthilfeveräusserung (Art. 93 Abs.1 und 2, 204 Abs. 3, 427 Abs. 3, 435, 444 Abs. 2, 445, 453 Abs. 1 OR);
5. die Ernennung von Sachverständigen oder eines Vertrauensmannes (Art. 204 Abs. 2, 322a Abs. 2, 322c Abs. 2, 367 Abs. 2, 445 Abs. 1 OR);
6. die Einberufung einer Generalversammlung bei den Handelsgesellschaften und Genossenschaften (Art. 699 Abs. 4, 764 Abs. 2, 809 Abs. 3, 881 Abs. 3 OR);
7. die Ernennung eines Vertreters der Gesellschaft bei Anfechtung eines Beschlusses der Generalversammlung durch die Verwaltung (Art. 706a Abs. 2, 764 Abs. 2, 808 Abs. 6, 891 Abs. 1 OR);
8. die Einsetzung des Sachverständigen zur Prüfung der Gewinn- und Verlustrechnung der Kommanditgesellschaft (Art. 600 Abs. 3 OR) und zur Sonderprüfung bei der Aktiengesellschaft (Art. 697a-g OR);
9. (aufgehoben);
10. die Ermächtigung zur Einberufung der Gläubigerversammlung auf Begehren der Anleihensgläubiger (Art.1165 Abs. 3 OR);
11. die Kraftloserklärung von Wertpapieren (Art. 971, 977 Abs. 1, 981 bis 988, 1072 bis 1080, 1098 Abs. 1, 1143 Abs. 1 Ziff. 19, 1152 Abs. 2 OR; Art. 13 des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag).

**§ 4**<sup>7</sup>

Der Einzelrichter trifft Entscheide im summarischen Verfahren über:

1. (aufgehoben);
2. die Gewährung von Zahlungserleichterungen beim Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag (Art. 226k, 226m, 228 OR);
3. die Belangung des Solidarbürgen vor der Verwertung der Faustpfand- und Forderungspfandrechte (Art. 496 Abs. 2 OR);

4. die Einstellung der Betreibung gegen den Bürgen (Art. 501 Abs. 2 OR);
5. den vorläufigen Entzug der Vertretungsbefugnis (Art. 565 Abs. 2, 603, 814 Abs. 2 OR);
6. die Ausübung der Kontrollrechte der Gesellschafter und Genossenschafter (Art. 697 Abs. 4, 697h Abs. 2, 764 Abs. 2, 819 Abs. 2, 857 Abs. 3 OR);
7. die Abberufung von Mitgliedern der Verwaltung, der Kontrollstelle und Bevollmächtigten oder Beauftragten der Genossenschaft (Art. 890 Abs. 2 OR);
8. die vorsorglichen Massnahmen bei Klagen auf Auflösung einer Gesellschaft oder Genossenschaft (Art. 574 Abs. 3, 619 Abs.1, 625 Abs. 2, 643 Abs. 3, 770 Abs. 2, 775 Abs. 2, 831 Abs. 2 OR);
9. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren und Revisoren (Art. 550, 583 Abs. 2, 619 Abs. 1, 727e Abs. 3, 727f, 740 Abs. 3 und 4, 741 Abs. 2, 770 Abs. 2, 823, 913 Abs. 1 OR);
10. die Art der Veräusserung von Grundstücken durch die Liquidatoren (Art. 585 Abs. 3, 619 Abs. 1 OR);
11. den Widerruf der Vollmachten des Gläubigervertreeters und Anordnung von Massnahmen zum Schutze der Anleihensgläubiger und des Schuldners (Art. 1162 Abs. 3 und 4 OR);
12. die Ausweisung von Mietern oder Pächtern, wobei die Verweisung ins ordentliche Verfahren ausgeschlossen ist.

**§ 5<sup>8</sup>** d) Entscheide im beschleunigten Verfahren

Ohne Rücksicht auf den Streitwert werden im beschleunigten Verfahren beurteilt:

- a) Streitigkeiten aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (Art. 274d Abs. 1, Art. 301 OR);
- b) Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (Art. 343 OR);
- c) Streitigkeiten aus Verträgen zwischen Letztverbrauchern und Anbietern (Art. 31<sup>sexies</sup> Abs. 3 der Bundesverfassung).

**§ 5<sup>bis 9</sup>**

**§ 6<sup>10</sup>** 3. Andere Instanzen

Der Wechsel- und Checkprotest wird durch den Betreibungsbeamten erhoben (Art. 1035, 1098 Abs. 1, 1143 Abs. 1 Ziff. 9 OR).

**II. Freiwillige öffentliche Versteigerung**

**§ 7** 1. Bei Fahrnis

<sup>1</sup> Die freiwillige öffentliche Fahrnisversteigerung bedarf keiner Bewilligung.

<sup>2</sup> Der Versteigerer bestimmt die Steigerungsbedingungen, bezeichnet den Ausrücker und allenfalls den Protokollführer.



**§ 13** d) Zuständigkeit

<sup>1</sup> Die Schlichtungsbehörde ist in den in Art. 274a Abs. 1 OR bezeichneten Fällen zuständig.

<sup>2</sup> Sie ist Hinterlegungsstelle für Mietzinse (Art. 259g Abs. 1 OR).

**§ 14** e) Aufsicht

Die Schlichtungsbehörde steht unter der Aufsicht des Bezirksgerichtspräsidenten.

**§ 15** f) Kosten

Die Kosten der Schlichtungsbehörde trägt der Bezirk.

**§ 16** 2. Volkswirtschaftsdepartement

Das Volkswirtschaftsdepartement

- a) vollzieht das Bundesgesetz über Rahmenmietverträge und deren Allgemeinverbindlicherklärung, soweit diese Vollzugsverordnung und das Bundesgesetz nichts anderes vorsehen;
- b) genehmigt Formulare zur Mitteilung von Kündigungen sowie Mietzinserhöhungen und anderen einseitigen Vertragsänderungen (Art. 266I und 269d OR);
- c) erstellt nach Anhörung des Vermieter- und des Mieterverbandes Formulare zur Mitteilung von Kündigungen sowie Mietzinserhöhungen und anderen einseitigen Vertragsänderungen (Art. 9 und 19 VMWG <sup>12</sup>);
- d) veröffentlicht periodisch die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden (Art. 22 Abs. 2 VMWG);
- e) sorgt für die Weiterbildung der Mitglieder der Schlichtungsbehörden;
- f) erstattet dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement Bericht über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden (Art. 23 Abs. 1 VMWG).

**§ 17** 3. Richterliche Berichterstattung

Die richterlichen Behörden lassen dem eidgenössischen und dem kantonalen Volkswirtschaftsdepartement je ein Doppel ihrer Urteile über angefochtene Mietzinse und andere Forderungen aus Mietvertrag zukommen (Art. 23 Abs. 2 VMWG).

**§ 18** 4. Verfahren

## a) Grundsatz

Soweit diese Verordnung oder das Bundesrecht keine abweichenden Regelungen enthalten, sind die Bestimmungen der Zivilprozessordnung <sup>13</sup> und der Gerichtsordnung <sup>14</sup> sinngemäss auf das Verfahren vor der Schlichtungsbehörde anwendbar.

## 217.110

---

### § 18a b) Begehren

<sup>1</sup> Begehren sind schriftlich bei der zuständigen Schlichtungsbehörde einzureichen.

<sup>2</sup> In besonderen Fällen kann das Begehren mündlich gestellt werden. Der Inhalt des Begehrens ist zu protokollieren.

### § 18b c) Verhandlung

Das Verfahren vor der Schlichtungsbehörde ist in der Regel mündlich.

### § 18c d) Säumnis der Parteien

<sup>1</sup> Bei Säumnis der Parteien gelten sinngemäss die Bestimmungen der Zivilprozessordnung über das Säumnisverfahren (§§ 111 ff. ZPO).

<sup>2</sup> In der Vorladung ist auf die Säumnisfolgen sowie die Kosten- und Entschädigungspflicht bei mutwilliger Prozessführung hinzuweisen (Art. 274d Abs. 2 OR).

### § 18d e) Erledigung

<sup>1</sup> Wird zwischen den Parteien eine Einigung erzielt, ist diese in ihrem vollen Wortlaut in das Protokoll aufzunehmen und von den Parteien sowie vom Präsidenten oder Vizepräsidenten zu unterzeichnen. Die Parteien erhalten einen Auszug aus dem Protokoll.

<sup>2</sup> Hat die Schlichtungsbehörde das Nichtzustandekommen einer Einigung festzustellen, eröffnet sie den Parteien ihren schriftlichen Beschluss unter Hinweis auf die Frist zur Anrufung des Richters (Art. 274f Abs. 1 OR).

<sup>3</sup> In den vom Bundesrecht vorgesehenen Fällen fällt die Schlichtungsbehörde einen Entscheid. Dieser wird den Parteien mit kurzer Begründung sowie unter Hinweis auf die Frist zur Anrufung des Richters (Art. 274f Abs. 1 OR) schriftlich eröffnet.

### § 18e f) Schiedsgericht

Das Verfahren vor der Schlichtungsbehörde als Schiedsgericht richtet sich nach dem Konkordat über die Schiedsgerichtsbarkeit.<sup>15</sup>

## IV. Bestimmungen zu den Ergänzungs- und Ausführungserlassen <sup>16</sup>

### § 19 1. Zuständigkeit a) Kantonsgericht als einzige Instanz

Das Kantonsgericht beurteilt im Sinne von § 28 Abs. 4 der Gerichtsordnung <sup>17</sup> als einzige Instanz zivilrechtliche Streitigkeiten gemäss folgenden Bundesgesetzen:

- a) Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 9. Oktober 1992;<sup>18</sup>
- b) Bundesgesetz über den Schutz der Marken und Herkunftsangaben vom 28. August 1992;<sup>19</sup>
- c) Bundesgesetz betreffend die gewerblichen Muster und Modelle vom 30. März 1900;<sup>20</sup>
- d) Bundesgesetz betreffend die Erfindungspatente vom 25. Juni 1954;<sup>21</sup>
- e) Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986;<sup>22</sup>
- f) Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen vom 6. Oktober 1995;<sup>23</sup>
- g) Bundesgesetz über die Anlagefonds vom 18. Dezember 1994.<sup>24</sup>

**§ 20** b) Einzelrichter im beschleunigten Verfahren

Streitigkeiten wegen unlauteren Wettbewerbs (Art. 13 UWG) werden vom Einzelrichter im beschleunigten Verfahren beurteilt, soweit nicht das Kantonsgericht als einzige Instanz zuständig ist.

**§ 21** 2. Verfahren  
a) vor Kantonsgericht

Zivilrechtliche Klagen sind beim Kantonsgericht ohne Sühneverfahren direkt rechtshängig zu machen. Im übrigen kommt das für die Bezirksgerichte geltende Verfahren zur Anwendung.

**§ 22** b) vorsorgliche Massnahmen

In zivilrechtlichen Verfahren, für welche das Bundesrecht eine einzige kantonale Instanz vorschreibt, ordnet der Präsident, vor Rechtshängigkeit der Einzelrichter am Kantonsgericht, die im Bundesrecht oder dem kantonalen Zivilprozessrecht vorgesehenen vorsorglichen Massnahmen an.

**V. Schlussbestimmungen**<sup>25</sup>

**§ 23**<sup>26</sup> 1. Kompetenzdelegation

Der Regierungsrat ist ermächtigt, diese Verordnung jeweiligen Änderungen des Schweizerischen Obligationenrechts und der dazugehörenden Ergänzungs- und Ausführungserlasse anzupassen.

**§ 24**<sup>27</sup> 2. Referendum, Genehmigung

<sup>1</sup> Diese Verordnung wird dem fakultativen Referendum gemäss § 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung unterstellt.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat holt die Genehmigung des Bundesrates ein.

§ 25<sup>28 29</sup> 3. Veröffentlichung, Aufhebung bisherigen Rechts

<sup>1</sup> Diese Verordnung wird im Amtsblatt veröffentlicht und nach Inkraftsetzung durch den Regierungsrat<sup>30</sup> in die Gesetzssammlung aufgenommen.

<sup>2</sup> Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens wird die Vollzugsverordnung vom 29. Juni 1971 zum Schweizerischen Obligationenrecht und den dazugehörigen Ergänzungs- und Ausführungserlassen<sup>31</sup> aufgehoben.

<sup>3</sup> Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom 4. September 1996 werden aufgehoben:

- a) Kantonale Vollzugsverordnung zu den Bundesgesetzen über das Urheberrecht, den gewerblichen Rechtsschutz, den unlauteren Wettbewerb und die Kartelle vom 10. September 1970;<sup>32</sup>
- b) Regierungsratsbeschluss über den Vollzug des Bundesgesetzes über die Anlagefonds vom 24. April 1967.<sup>33</sup>

§ 26<sup>34</sup> 4. Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 10. Juli 1990

<sup>1</sup> Vor dem 10. Juli 1990 eingeleitete Verfahren werden nach den bisherigen Bestimmungen beendet.

<sup>2</sup> Bis zur Neuwahl der Schlichtungsbehörden gemäss § 14, längstens jedoch bis 31. Oktober 1990, nehmen die bisherigen Schlichtungsstellen die Aufgaben der Schlichtungsbehörden wahr.

*Übergangsbestimmung zur Änderung vom 4. September 1996*

<sup>1</sup> Die vierjährige Amtsdauer nach § 11 gilt ab der nächsten Gesamtneuwahl der Schlichtungsbehörden. Vizepräsidenten und Sekretäre sind auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens<sup>35</sup> dieser Änderung einzusetzen.

<sup>2</sup> Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung hängigen Verfahren werden von den nach bisherigem Recht zuständigen Behörden in Anwendung des neuen Rechts erledigt.

<sup>1</sup> GS 16-549, mit Änderungen vom 14. September 1978 (EG zum ZGB, GS 17-97), vom 28. April 1983 (GS 17-426), vom 16. März 1988 (GS 17-765), vom 10. Juli 1990 (GS 18-63), vom 9. Dezember 1992 (GS 18-324), vom 4. September 1996 (GS 19-146, GS 19-149), vom 27. Oktober 1999 (GS 19-447) und vom 18. September 2001 (Abl 2001 1620).

<sup>2</sup> SRSZ 100.000.

<sup>3</sup> Ziffer 1 aufgehoben am 10. Juli 1990; Ziffer 11 neu eingefügt am 4. September 1996; Überschrift in der Fassung vom 27. Oktober 1999.

<sup>4</sup> SR 211.213.15.

<sup>5</sup> Fassung vom 18. September 2001.

<sup>6</sup> Ingress und Randtitel in der Fassung vom 14. September 1978; Ziffern 7 und 8 in der Fassung vom 9. Dezember 1992; Ziffer 9 am 9. Dezember 1992 aufgehoben.

<sup>7</sup> Randtitel c am 14. September 1978 und Ziffer 1 am 10. Juli 1990 aufgehoben; Ziffern 6 und 9 in der Fassung vom 9. Dezember 1992; Ziffer 12 neu eingefügt am 4. September 1996.

<sup>8</sup> In der Fassung vom 10. Juli 1990 und Buchstabe c neu eingefügt am 4. September 1996.

<sup>9</sup> Aufgehoben am 27. Oktober 1999.

<sup>10</sup> Abs. 1 am 9. Dezember 1992 aufgehoben.

- <sup>11</sup> Abschnitt III. in der Fassung vom 4. September 1996.
- <sup>12</sup> SR 221.213.11.
- <sup>13</sup> SRSZ 232.110.
- <sup>14</sup> SRSZ 231.110.
- <sup>15</sup> SRSZ 232.220.1.
- <sup>16</sup> Abschnitt IV. neu eingefügt am 4. September 1996.
- <sup>17</sup> SRSZ 231.110.
- <sup>18</sup> SR 231.1.
- <sup>19</sup> SR 232.11.
- <sup>20</sup> SR 232.12.
- <sup>21</sup> SR 232.14.
- <sup>22</sup> SR 241.
- <sup>23</sup> SR 251.
- <sup>24</sup> SR 951.31.
- <sup>25</sup> IV. und §§ 19, 20, 21 Abs. 1 u. 2 und 22 wurden zu V. und §§ 23, 24, 25 Abs. 1 u. 2 und 26 (Änderung vom 4. September 1996).
- <sup>26</sup> IV. und §§ 19, 20, 21 Abs. 1 u. 2 und 22 wurden zu V. und §§ 23, 24, 25 Abs. 1 u. 2 und 26 (Änderung vom 4. September 1996).
- <sup>27</sup> IV. und §§ 19, 20, 21 Abs. 1 u. 2 und 22 wurden zu V. und §§ 23, 24, 25 Abs. 1 u. 2 und 26 (Änderung vom 4. September 1996).
- <sup>28</sup> IV. und §§ 19, 20, 21 Abs. 1 u. 2 und 22 wurden zu V. und §§ 23, 24, 25 Abs. 1 u. 2 und 26 (Änderung vom 4. September 1996).
- <sup>29</sup> Abs. 3 neu eingefügt am 4. September 1996.
- <sup>30</sup> Am 1. Januar 1975 in Kraft getreten (GS 16-614); Änderungen vom 16. März 1988 am 1. Februar 1989 (GS 17-765), vom 4. September 1996 am 1. Januar 1997 (Abl 1996 1571), vom 27. Oktober 1999 am 1. Januar 2000 (Abl 1999 1846) und vom 18. September 2001 am 1. Januar 2004 (Abl 2003 1666).
- <sup>31</sup> GS 16-63, 108.
- <sup>32</sup> GS 15-781.
- <sup>33</sup> GS 15-398.
- <sup>34</sup> IV. und §§ 19, 20, 21 Abs. 1 u. 2 und 22 wurden zu V. und §§ 23, 24, 25 Abs. 1 u. 2 und 26 (Änderung vom 4. September 1996).
- <sup>35</sup> Am 1. Januar 1997 in Kraft getreten (Abl 1996 1571).